

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt

17-05097

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterbildenden Schulen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.08.2017

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

Status

26.09.2017

Ö

Sachverhalt:

Am 3. August 2017 hat die Verwaltung die Übergangszahlen von den Grundschulen an die 5. Klassen der weiterführenden Schulen der Stadt Braunschweig bekanntgegeben.

Hierbei ist es aus unserer Sicht von besonderem Interesse, in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Schülerströme aus den vorangegangen Jahren zu bewerten. Darüber hinaus ist es Bestandteil des Schulentwicklungsplans, Szenarien zu entwickeln um zukünftigen Herausforderungen hinsichtlich des Anwahl Verhaltens bei weiterführenden Schulen nachkommen zu können. Die Verwaltung hat in diesem Zusammenhang bereits angekündigt, im November dieses Jahres Ergebnisse des Schulentwicklungsplans vorzulegen. Letztlich geht es darum, die Zahlen zu analysieren um daraus die richtigen Schlüsse für die Weiterentwicklung unserer Schullandschaft zu ziehen, damit dem Elternwillen und den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen werden kann.

Die jetzige Auswertung zum Schuljahr 2017/18 ergab, dass die meisten Eltern ihre Kinder erfolgreich an Gymnasien angemeldet haben (47 Prozent), 36 Prozent wünschten sich einen Platz an einer Integrierten Gesamtschule, 13 Prozent entschieden sich für eine Realschule, vier Prozent für die Hauptschule.

Auch eine Betrachtung der im Dezember 2016 durch die Verwaltung präsentierten Ergebnisse einer Elternbefragung (Vorlage 17-04136) ist diesem Zusammenhang sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Tendenzen lassen sich bei den diesjährigen Übergangszahlen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren erkennen?
2. Welche Bedarfe hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung unserer Schullandschaft lassen sich bereits jetzt aus den Übergangszahlen, der Elternbefragung und der Schulentwicklungsplanung ableiten?
3. In welcher Hinsicht sieht die Verwaltung Abstimmungsbedarf mit den Nachbarkommunen hinsichtlich des Angebots an weiterführenden Schulen?

Gez. Christoph Bratmann

Anlagen: keine